

SPD

Gebührenfrei von der Kita bis zur Uni

Nach der Bundestagswahl 2017 will die SPD sämtliche Gebühren für Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule abschaffen. Das geht aus einem 71-seitigen „Impuls“-Papier der Sozialdemokraten hervor, das Kernelemente des Wahlprogramms enthält. Bei Grundschulen soll demnach bis 2021 ein Rechtsanspruch auf Ganztagschulplätze eingeführt werden. Anleger müssen sich auf höhere Steuern einstellen: Kapitaleinkünfte sollen „deutlich mehr zu den öffentlichen Einnahmen des Staates beitragen“, heißt es

in dem Papier. Im Bereich Wirtschaft und Arbeit will die SPD den Aufbau einer Batteriezellenherstellung für Elektroautos vorantreiben, für 300 000 Langzeitarbeitslose einen geförderten Beschäftigungssektor einrichten und 90 Prozent aller Gebäude bis zum Jahr 2025 ans Glasfasernetz anschließen. Das Wahlalter müsse auf 16 Jahre sinken. Bundestagsabgeordnete sollen Einkünfte aus Nebentätigkeiten „auf Euro und Cent offenlegen müssen“. Parteispenden dürften nur noch bis 100 000 Euro pro Spender und Jahr zulässig sein. Das Papier soll von Verbänden und Mitgliedern diskutiert und im März verabschiedet werden. kn

EU-Kommission

Oettinger droht Kompetenzverlust

Der Gratisflug mit dem russlandfreundlichen Lobbyisten Klaus Mangold könnte für EU-Kommissar Günther Oettinger unangenehme Folgen haben. In der Kommission wird überlegt, Oettinger bei seinem angekündigten Wechsel ins Haushaltsressort die Zuständigkeit für Personalfragen zu entziehen. Die Kompetenzen liegen bisher beim Haushaltskommissar. Eine Sprecherin des Präsidenten wollte die Überlegung

auch mit Blick auf eine bevorstehende Anhörung Oettingers im EU-Parlament nicht kommentieren, betonte aber, Juncker habe vollstes Vertrauen in den Christdemokraten. Oettinger war im Mai auf Vermittlung der ungarischen Regierung in Mangolds Privatflugzeug zu einem Abendessen mit Regierungschef Viktor Orbán geflogen. Damit könnte er gegen den Verhaltenskodex für Kommissare verstoßen haben. Entsprechend schwierig wäre es, Oettinger als eine Art Personalchef der Behörde zu installieren. mp

Universitäten

Brandschutz statt Bücher

Viele Hochschulen haben Mühe, die gesetzlichen Vorgaben für den Brandschutz umzusetzen. Das geht aus der Antwort der Landesregierung in Baden-Württemberg auf einen parlamentarischen Antrag hervor. So kann die Universität Freiburg „den Betrieb nur durch Anmietungen in erheblichem Umfang aufrechterhalten“. Wegen Brandschutzsanierungen seien Bücher unzugänglich gewesen

und Kongresse und Seminare ausgefallen. In Tübingen kommt der „Kupferbau“, ein Hörsaalgebäude von 1968, nicht mehr als Versammlungsort für externe Veranstaltungen infrage. Die Uni Mannheim musste Bilder abhängen, weil diese im Brandfall Studenten verletzen könnten; Plakate darf die Uni im Mannheimer Schloss nur in speziellen Vitrinen aufhängen. „Brandschutz darf nicht zum Dogma werden“, fordert der Abgeordnete Alexander Salomon (Grüne), der den Antrag verfasst hatte. fri



Airbus A400M

FABRIZIO BENSCH / REUTERS

Rüstung

Schadensersatz für Pannen-Airbus

Airbus muss möglicherweise einige Hundert Millionen Euro Schadensersatz für die verspätete Auslieferung und die Mängel des Militärflugzeugs A400M zahlen. Derzeit verhandelt das Verteidigungsministerium mit dem deutsch-französischen Flugzeugbauer über die genaue Höhe. Für die letzten beiden ausgelieferten Transportflieger überwies das Ministerium bereits insgesamt rund 24 Millionen Euro weniger. Dies wird nach Ansicht des Grünen-Verteidigungsexperten Tobias Lindner jedoch „bei Weitem nicht reichen, um die Kosten, die durch die Verspätung der Transportmaschinen entstehen, zu kompensieren“. „Am Ende bleiben die Steuerzahler auf dem Schaden sitzen.“ Derzeit seien drei von fünf A400M „grundsätzlich einsatzbereit“, erklärt das Verteidigungsministerium. Wegen eines Getriebe-fehlers müssen die Flugzeuge aber alle 20 Flugstunden aufwendig inspiziert und gewartet werden. gt

Autobahnen

Koalitionsstreit spitzt sich zu

Im Konflikt der Bundesregierung über die Privatisierung der Autobahnverwaltung lehnt die SPD einen Kompromissvorschlag von Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) ab. Dieser will die Grundgesetzänderung möglichst schlank halten. In der Verfassung soll nur geregelt sein, dass die Autobahnen unveräußerliches Eigentum des Bundes bleiben. Zur neu zu gründenden Infrastrukturgesellschaft, die sich um Planung, Bau und Betrieb kümmert, soll dagegen keine Präzisierung erfolgen. Eine eventuelle Privatisierung soll

dann in einem Bundesgesetz geregelt werden. SPD-Fraktionsvize Sören Bartol wendet dagegen ein: „Die Gesellschaft darf nicht zum Spielball von Finanzinvestoren werden, daher muss im Grundgesetz das unveräußerliche hundertprozentige Eigentum des Bundes an dieser Infrastrukturgesellschaft festgeschrieben werden.“ Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will ebenfalls, dass die Gesellschaft im vollen Besitz des Bundes bleibt. Seiner Meinung nach reicht es aus, dies in einem Bundesgesetz festzuschreiben. Er zeigte sich zuletzt aber auch offen für eine entsprechende Regel im Grundgesetz. bö, rei